Nummer 166 — 31. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt“ und der Kinderbeilage „Für unsre kleinen Leute“, sowie den Zeitbeilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Die praktische Hausfrau“, „Was gute Euch“. Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit St.-Benno-Blatt ℳ 2.70 Ausgabe B ohne St.-Benno-Blatt „ 2.20 Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter Dr. G. Dobrzyk, Dresden.

Ausgabe A und B

Dienstag, den 19. Juli 1932

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Belegexl. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Geschäftlicher Teil: G. Winkel, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-A. 1, Pollerstr. 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 1028. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 94767.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1 Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Demonstrationsverbot für das ganze Reich

Nach den Unruhen in Altona

enb. **Berlin**, 18. Juli.

Die Reichsregierung hat soeben eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen unter freiem Himmel allgemein untersagt werden.

Ueber die Vorgänge, die zu dieser Maßnahme der Reichsregierung geführt haben, geben die folgenden Meldungen Auskunft:

12 Tote in Altona

Altona, 18. Juli.

Nach den letzten Berichten sind den Straßenkämpfen in Altona bisher 12 Personen zum Opfer gefallen. Unter den Verletzten befinden sich auch sechs Frauen, die zum Teil sehr schwere Verletzungen davongetragen haben.

Die blutigen Zusammenstöße entstanden bei einem nationalsozialistischen Aufmarsch am Sonntagnachmittag. Anfangs hatte sich der Aufmarsch in vollkommener Ruhe abgewickelt. Als der Zug in die ausgesprochenen Arbeiterviertel einbog, kam es zu Anrempeleien, aus denen sich die blutigen Zusammenstöße entwickelten. Nach Angaben von Augenzeugen wurde aus verschiedenen Häusern auf den marschierenden Zug und auf die ihn begleitenden Polizeibeamten geschossen. Bis 20 Uhr wurden ein Toter — ein Nationalsozialist — und 34 Verletzte festgestellt. Die Polizei erwiderte das Feuer und nahm gleichzeitig Haussuchungen von Häusern und Durchsuchungen von Passanten vor, die am Verdacht standen, an den Zwischenfällen beteiligt gewesen zu sein. Der nationalsozialistische Zug mußte seinen Marsch unterbrechen und wurde aufgelöst. An verschiedenen Stellen wurde der Versuch gemacht, die Straße aufzureißen und Barrikaden zu errichten. Dies konnte jedoch von der Polizei verhindert werden.

Die Hamburgische Polizei hatte an der Stadtgrenze zum Schutz gegen ein Uebergreifen der Unruhen starke Kräfte postiert. Ein Hamburgischer Polizeibeamter erhielt bei einem Kugelwechsel auf Altonaer Gebiet einen Schuß in den Fuß.

Ein Montag vormittag um 10.30 Uhr ausgegebener Bericht des städtischen Presseamtes in Altona bestätigt nunmehr, daß die Unruhen zwölf Totesopfer gefordert haben. Von diesen konnten bisher zehn namentlich festgestellt werden. Unter den Toten befinden sich zwei Frauen.

In das städtische Krankenhaus Altona wurden insgesamt 64 Verletzte eingeliefert,

von denen 23 bereits wieder entlassen werden konnten. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt noch 16. Bei den noch unbekannten beiden Toten handelt es sich um zwei Männer im Alter von 20 bzw. 40 Jahren.

Greifswald: 2 Tote, 25 Verletzte

Nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Greifswald entstand zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten eine Schießerei, nach der sieben Nationalsozialisten und ein Kommunist mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Kurze Zeit später beschossen Kommunisten auf der Loitzer Landstraße von der Kundgebung heimkehrende Nationalsozialisten. Siebzehn SA-Leute erlitten schwere Verletzungen. Der Student Reinhardt und der Landwirt Massow starben nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Zusammenstöße in Chemnitz

Chemnitz, 18. Juli. Anläßlich des „Roten Landessportfestes“ in Chemnitz ereigneten sich am Sonnabendabend und am Sonntag an verschiedenen Stellen der Stadt schwere Zusammenstöße. Bei einem derartigen Zusammenstoß am Schloßteich wurden zwei Nationalsozialisten so verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Am alten Arbeitsamt kam es am Sonntag zu einer Schießerei zwischen Demonstranten und Polizeibeamten, es wurde jedoch niemand verletzt.

Leipzig. In Naunhof gab es bei Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten 14 Verletzte.

Eibenstock. Bei Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten wurden mehrere Personen verletzt. Sechs Kommunisten wurden verhaftet.

Drei Verletzte bei Ausschreitungen in Kempten

wtb. **Kempten**, 18. Juli. Bei den gestrigen kommunistischen Ausschreitungen in Kottern wurden insgesamt drei Personen verletzt. Ein Nationalsozialist liegt schwerverletzt im Krankenhaus.

Zusammenstöße in Wertingen.

Augsburg, 18. Juli. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es am Sonntag in Wertingen in Schwaben zwischen Augsburger Kommunisten und Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Aiger erhielt dabei einen gefährlichen Stich in den Unterleib. Auch ein Kommunist wurde erheblich verletzt.

Wahlen unter dem Standrecht?

Solange Brüning am Ruder war herrschte Ruhe. Die Uniformen der SA. und der Eisernen Front, des Stahlhelms und der Antifa hingen zu Hause in den Schränken. Gewiß kam es ab und zu in den Abendstunden zu Zusammenstößen, trotz aller Vorsichtsmaßnahmen forderte die Parteiverhetzung schon damals manches Todesopfer. Nach dem Sturze Brünings aber ist die mühsam gewahrte Ordnung mutwillig zerbrochen worden. Reichsregierung, Nationalsozialisten und Kommunisten scheinen um die Wette — wenn auch aus ganz verschiedenen Beweggründen — bemüht, einen Ausnahmezustand in Deutschland herbeizuführen.

Leider hat die Reichsregierung das Startsignal für diese ganze Entwicklung gegeben. Sie hat das Uniform- und Demonstrationsverbot aufgehoben und damit die große Gelegenheit geschaffen, die von den radikalen Revolverschützen seitdem eifrig benutzt wird. Jeder Tag bringt Propagandamärsche der Rechten und Linken; mit Schrecken sieht der friedliebende Bürger sich zwischen zwei haßerfüllten feindlichen Heeren, die jeden Augenblick bereit zu sein scheinen, übereinander herzufallen. Daß es bei solchen Aufmärschen zu Provokationen von der einen wie von der anderen Seite kommt, ist selbstverständlich. Keine Polizeigewalt kann verhindern, daß es dann zu Gewalttaten kommt — man kann nicht hinter jeden Hitzkopf, der ein Messer in der Tasche hat, einen Sipomann stellen.

Wer nationalsozialistische Aufmärsche in den letzten Wochen beobachtet hat, der muß den Eindruck gewinnen, daß die Nationalsozialisten kein Interesse daran haben, Zusammenstöße zu vermeiden. Je mehr Blut in den Straßen fließt, desto eher hat die Forderung des Braunen Hauses: „Verbot der KPD!“ Aussicht auf Verwirklichung. Ein Verbot der Kommunistischen Partei aber würde die Aussichten für die Rechte im neuen Reichstag, die Mehrheit zu haben, selbstverständlich beträchtlich steigern. Mit dem Ausnahmezustand hofft die NSDAP. zu erreichen, was sie trotz aller Hetze und Verleumdung im parlamentarischen Kampfe nicht erreichen kann. — Hinter der Forderung nach dem Verbot der KPD. aber taucht sofort die zweite auf nach der Bewaffnung der SA. Würde dieses zweite „Hochziel“ erreicht, dann würde der Tag nicht allzu fern sein, an dem nicht die Reichswehr, sondern wie in Italien die bewaffnete Miliz auch militärisch der entscheidende Faktor im Staate wäre.

Merkwürdig genug: die Kommunisten tun ihrerseits alles, um dieses Streben der Nationalsozialisten zu fördern! Die zwei Millionen Goldrubel, die Moskau für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hat, werden eifrig ausgenutzt, um die Verzweifelten in den Industriestädten zu offenen Akten des Bürgerkrieges zu treiben. Wo sich eine Gelegenheit bietet, wird auf die politischen Gegner und die Polizei scharf geschossen. Barrikaden werden aufgerichtet, der öffentliche Verkehr in jeder Weise gestört. Die Zeit hat aufgehört, wo der Sonntag nur im Kalender rot gezeichnet war. Sonntag für Sonntag fließt jetzt deutsches Blut auf den Straßen, vergossen von Deutschen. Fast scheint es so, als könne die KPD. den Augenblick gar nicht erwarten, in dem sie verboten wird, als habe sie von Moskau aus den Befehl, die Illegalität zu erzwingen, um so den Kleinkrieg in den Straßen zu einem Dauerzustand zu machen. Durch die Erklärung des Ausnahmezustandes, so hoffen die Kommunisten, wird die Reichstagswahl unmöglich werden. Das wäre das Ende der verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland, der Augenblick, wo die Gefahr entsteht, daß Antifa und Eiserne Front eine Front bilden.

Wird die Regierung den Bestrebungen der Nationalsozialisten und Kommunisten nachgeben? Wird sie zu der Gefährdung der Wahlfreiheit durch den uniformierten Terror die Ausschaltung jeder freien Wahlpropaganda durch den Ausnahmezustand fügen? Sollen wir zum ersten Male Wahlen unter Ausnahmerecht in Deutschland erleben? Die Regierung von Papen wird es sich sehr genau überlegen müssen, ob nicht besser als ein Ausnahmezustand für alle ein Ausnahmezustand für die Skandalmacher ist, nämlich die Wiederherstellung des Uniformverbotes. Herr von Papen weiß aus der Lehre seines Glaubens, daß man die „nächste Gelegenheit“ zur Sünde meiden soll. Die Parteiuniform aber ist die „nächste Gelegenheit“ zum Bürgerkrieg. Würde die Regierung den Ausnahmezustand verhängen, dann könnte man ihr den Vorwurf nicht ersparen, daß sie mitgeholfen hat, künstlich diesen Zustand herbeizuführen, um entsprechend den Wünschen der Radikalen die Wahlen unter dem Standrecht stattfinden zu lassen.

Dsch.

Hitler gegen v. Papen

Die Schwenkung der Nationalsozialistischen Partei im Wahlkampf

enb. **Königsberg**, 18. Juli. (E. M.) Wie hier von der Nationalsozialistischen Partei mitgeteilt wird, hat Adolf Hitler an den Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsinnenminister und Reichswehrminister gleichlautende Telegramme gerichtet, in denen er behauptet, die Königsberger Polizei habe unter Führung eines Polizeimajors den ordnungsmäßigen Vorbeimarsch von SA.- und SS.-Kolonnen vor seinem (Hitlers) Wagen wiederholt gestört. Hitler bezeichnet diese Vorgänge als „unwiderlegliches Dokument für die unhaltbaren Zustände, in die die öffentliche Ordnung unter der derzeitigen preußischen Regierung gebracht“ werde und verlangt, daß seitens der Reichsregierung solcher Polizeitaktik ein Ende bereitet werde.

Potsdam, 18. Juli. Dr. Goebbels wandte sich in einer Wahlrede heftig gegen die Regierung v. Papen. In seinen Augen seien auch diese Männer nicht als Kabinett der nationalen Konzentration, sondern als „Schwächekabinett — gemessen an ihren inner- und außenpolitischen Erfolgen der letzten sechs Wochen“ zu bezeichnen. Auch das Kabinett v. Papen müsse fort, um den Beauftragten Adolf Hitlers Platz zu machen.

*

Diese Aeußerungen maßgebender Parteiführer der NSDAP. lassen darauf schließen, daß die Nationalsozialisten, die bisher das Kabinett v. Papen bewußt geschont haben, nunmehr die Stunde für gekommen halten, um zum offenen Angriff auch gegen dieses Kabinett vorzugehen. Man darf gespannt sein, wie das Kabinett sich zu dieser neuen Wendung der Dinge einstellen wird.

Sie schämen sich doch ...

Ein skandalöser Nazi-Antrag wird zurückgezogen.

Berlin, 18. Juli. Der von der nationalsozialistischen Fraktion im Preußischen Landtag eingebrachte Antrag, der sich mit der Ehefrau des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß beschäftigt, ist zurückgezogen worden. Der Fraktionsführer Kube hat dazu erklärt, daß er den Antrag vorher nicht gelesen habe, es aber mißbillige, daß man die Ehefrau des Polizeivizepräsidenten in den politischen Kampf hineinziehe.

*

Die Herren Nazis schämen sich also wenigstens hinterher über ihren schamlosen Antrag, der Frau Weiß unter dem Schutze der Immunität des Ehebruchs bezichtigte. Aber vielleicht schämen sie sich nur, weil sie fürchten, dieses „Heldenstück“ gegen eine wehrlose Frau könne ihnen im Wahlkampf allzu sehr schaden ...

„Für 2 oder 5“

Die Wahlpolitik des Stahlhelms.

enb. **Berlin**, 18. Juli. (E. M.) Die Bundesführer des Stahlhelms BDF. erlassen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Verlautbarung: „Zu den am 31. Juli stattfindenden Reichstagswahlen erklären wir wie bei allen großen Wahlen: Wahlpflicht ist Vaterlandspflicht. Jeder Stahlhelmkamerad wählt eine Liste der nationalen Bewegung. Um aber schädliche Splitterungen zu vermeiden, empfehlen wir den Kameraden, sich für eine der beiden großen, in ihrem Hochziel einigen nationalen Parteien, für die NSDAP. oder für die DNVP., also für Liste 2 oder 5 zu entscheiden.“

*

Damit ist die politisch einseitige Stellungnahme des Stahlhelms erneut festgelegt. Etwas Neues bedeutet diese Feststellung freilich an sich nicht, sie ist aber nützlich im Hinblick auf manche alte Freunde des Stahlhelms, die einstmals ganz anders von diesem „überparteilichen“ Frontsoldatenbund erwartet hatten.